

Für eine soziale, ökologische und digitale Gesellschaft - DIE LINKE muss sich entscheiden!

DIE LINKE hat zu tun. Wird zu tun haben. Aber wie! Gleich zu Beginn des Jahres ging es los mit einer umfangreichen Strategie-Debatte. Vor und während der Kasseler-Konferenz haben sich hunderte Genoss*innen daran beteiligt. Denn es geht um viel. Funktion, Aufgaben und Perspektiven der Partei mussten und müssen in einem sich weiter dramatisch verändernden politischen und gesellschaftlichen Umfeld bestimmt werden. Und ja, es war lange überfällig, in diesen Prozess einzusteigen. Allerdings zeigte sich bereits zu diesem Zeitpunkt, dass die Partei an wesentlichen Stellen gespalten ist. DIE LINKE. verharrt in Stagnation. Unser Gebrauchswert für die Menschen im Land befindet sich leider auf niedrigem Niveau.

Dann kam Corona. Die Pandemie hat die Welt fest im Griff. Und damit passierte es: Unsere Zerrissenheit und damit an Stellen auch mangelhafte Handlungsfähigkeit als Partei traten noch viel deutlicher zu Tage. Wir verständigen uns nicht oder zumindest nur unzureichend über inhaltliche Fragen. Unser Außenbild war und ist ein einziger Flickenteppich von Einzelmeinungen. Ein einheitliches und vor allem komplexes Vorgehen war und ist nicht erkennbar. Patchwork statt Partei. Wie sollte das auch gehen, wenn wir die entscheidenden grundsätzlichen inhaltlichen Fragen nie miteinander geklärt haben?

Die aktuelle historische Krise ist eine Krise der gesellschaftlichen Reproduktion. Es ist keinesfalls die Frage danach, wie man es nun mit „der Gesundheit“ oder „der Wirtschaft“ hält. Es geht vielmehr um Fragen wie: Was brauchen wir, um uns diesen Krisen besser stellen zu können? Wie muss eine Gesellschaft aussehen, die widerstandsfähig ist? Wie müssen wir Gesundheit, Erziehung, Schule, Arbeits- und Produktionsweisen und vieles andere mehr neu organisieren? In diesem gesamtgesellschaftlichen Aushandlungsprozess haben wir als linke Partei gerade jetzt eine besondere Verantwortung, um die vielfältigen Ursachen von Krisen zu bekämpfen. Wenn wir über diese Fragen mit vielen Leuten sprechen, um herauszufinden, ob unsere Fragen auch ihre Fragen sind, dann haben wir als Partei sogar eine Chance, Antworten zu finden.

Corona hat uns vor Augen geführt, wie verwundbar auch die modernen westlichen Gesellschaften sind. Wie gefährdet sie durch die Art ihres globalen Zusammenlebens und Wirtschaftens sind. Die Krise zeigt insbesondere, wie verletzlich das Leben der Menschen in diesen Gesellschaften ist. Die Pandemie brachte nicht nur gesundheitliche Gefährdungen für jede und jeden, machte in ihrem bisherigen Verlauf aber auch die soziale Spaltung deutlich. Häufiger krank werden die Armen und bis auf die Knochen Ausgebeuteten. Ein Virus kennt keine Grenzen - und dieses Virus hat auch die fundamentalen gesellschaftlichen Defizite und Ungleichheiten aufgedeckt. Ganze soziale Gruppen, etwa die vielen Soloselbständigen, haben im deutschen Sozialstaat kaum einen Platz - Sonderprogramme mussten aufgelegt werden, wurden

umgedeutet und beschnitten und entfalten keine nachhaltige Wirkung.

Nicht nur im engeren, im gesundheitspolitischen Sinne war und ist Deutschland auf externe Schocks wie diesen nicht vorbereitet. Und damit steht der Neoliberalismus nicht das erste Mal in Frage: Bereits 2008 durch die Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrise erwies diese Ideologie sich als ein auf Schönwetter-Annahmen gegründetes wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Konzept für die Bessergestellten.

Deshalb gilt es genau jetzt, erste Lehren zu ziehen. Auch und gerade wegen der wirtschaftlichen Folgewirkungen, die wir heute nur erahnen können. Natürlich ist die Krise längst nicht überstanden und natürlich befinden wir uns nach wie vor in einer unklaren Lage. Und doch müssen wir jetzt in die Debatte kommen, die anstehenden Fragen aufgreifen und überzeugende Antworten liefern.

Wen und was müssen wir im Blick haben?

- Wir dürfen uns weder in dieser aktuellen Krise noch später bei deren Aufarbeitung auf den vermeintlichen Widerspruch zwischen „der Gesundheit“ und „der Wirtschaft“ einlassen. Die notwendigen Aushandlungsprozesse gehen weit darüber hinaus. Wir sollten, ja wir müssen an diesem Punkt die Frage stellen, wie unser Land verfasst sein muss. Das spätestens zwingt uns zu einer zeitgemäßen Antwort, wie wir uns als LINKE eine andere Gesellschaft vorstellen. Um es auf eine Formel zu bringen: Wir dürfen die Vision einer besseren Welt nicht aufgeben und müssen genau deshalb umso eindringlicher eine radikale Reformpolitik betreiben. Und die fängt vor der Haustür an - es ist linke Politik mit Gebrauchswert und damit die Übersetzung der großen politischen Fragen in das kleinteilige politische Handeln vor Ort. So wird in der Auseinandersetzung mit den Kräften des Neoliberalismus gesellschaftliche Transformation möglich.
- Diese Krise hat erneut gezeigt, dass auch in einem kapitalistischen System ein Mehr an Solidarität im Hier und Jetzt möglich ist. Ja, linke Forderungen können ein anderes Gewicht bekommen. Mehr und mehr Menschen kommen offenbar zu dem Schluss, dass exzessives Wachstum und reine Logik des Marktes nicht mehr taugen. Dass sie auf Dauer verheerend für unsere Gesellschaft sind.
- Manches in der Krise ist für DIE LINKE und für Linke generell eine verkehrte Welt. Und eine erstaunliche Welt:

Über Nacht wurden klassisch-linke Forderungen zum gesellschaftlichen Konsens und die Unfähigkeit des Neoliberalismus, auf Krisensituationen zu reagieren, für alle offenbar. Wenn plötzlich selbst konservative Kräfte, ohne mit der Wimper zu zucken, offen über staatliche Beteiligungen und gar die Übernahme bedeutender Unternehmen sinnieren, zeigt das deutlich, dass sich

politisch wie gesellschaftlich etwas verschoben hat. Der Glaube an den allwissenden Markt, der es schon richten wird, bröckelt zusehends und der Wunsch nach einem beherzt zupackenden, starken Staat wächst. So erfreulich diese Entwicklung auch ist, müssen wir doch auch zur Kenntnis nehmen, dass wir im gesellschaftlichen Aushandlungsprozess um die Rolle des Staates, was er leisten können soll und muss, wenig bis gar nicht stattfinden. Die ganze Republik redet über unsere Themen. Einzig: Wir fehlen oftmals in der Debatte.

In den Ländern wird straff und fordernd über Neuverschuldung diskutiert. Es werden Schulden in Milliardenhöhe gemacht, um die Krise zu bewältigen oder um zu erwartende Steuerausfälle auszugleichen. Die Schuldenbremse wird ausgesetzt. In welchem Zeitraum diese Schulden zurückgezahlt werden, wird jenseits der Schuldenbremse diskutiert. Wir schlagen einen gemeinsam von Bund und Ländern getragenen Fonds zur gemeinschaftlichen Schuldenaufnahme und -abtragung (ähnlich dem Erblastentilgungsfonds oder dem Fonds Deutsche Einheit) vor, der die Lasten der Corona-Krise föderal gerecht verteilt.

Diese Forderungen waren und sind immer wichtige Punkte unserer Programmatik gewesen. Was wir nun aber nicht tun sollten, ist in einen Überbietungswettbewerb einzusteigen, wer nun schneller zum Sozialismus möchte oder wer zur Bewältigung der Corona-Krise die höhere Summe für dies oder jenes fordert. Die Menschen haben ein klares Bild davon, was gesellschaftlich und auch finanziell möglich ist - und was nicht. Das Befördern von gesellschaftlichen Unsicherheiten und Ängsten, das Schüren bloßer Empörung hilft immer nur den Rechten und nie der Demokratie. Linke Politik muss dagegen seriös sein, wenn sie Vertrauen erzeugen will. Dazu gehört auch, ein in sich stimmiges Bild vom demokratischen Sozialismus und eine daraus abgeleitete, attraktive und gesellschaftlich diskursfähige Vorstellung einer anderen, progressiven linken Politik und Gesellschaft zu entwickeln und in der Öffentlichkeit vorzustellen.

- Wir müssen immer wieder deutlich machen, dass diese Krise nicht folgenlos bleiben darf. Das bedeutet eben nicht, dass wir zurück zu den „guten alten Zeiten“ möchten. Diese Konzepte haben schließlich damals schon nicht getaugt. Und sie sind nun noch viel weniger geeignet, Antworten zu finden auf die sich anbahnende Wirtschaftskrise, die mindestens ebenso gefährliche Klimakrise, eine weite Teile der deutschen Wirtschaft erfassende Krise der Automobilbranche und mögliche Immobilienkrise, alles vor dem Hintergrund der europäischen Integration. Krisen gehören auch zu modernen kapitalistischen Gesellschaften dazu. Einen planbaren Normalzustand gibt es nicht. Jedoch ist es Aufgabe der LINKEN, gerade diejenigen, die in den letzten Jahrzehnten vielfältige Deklassierungserfahrungen machen mussten, vor den Nachwirkungen der Corona-Krise zu schützen. Wer im Dienstleistungs- und Gesundheitssektor

beschäftigt ist und schlecht bezahlt wird und wer kein Homeoffice machen kann, darf nicht doppelt, nämlich auch noch gesundheitlich, bestraft werden. Einfache Antworten funktionieren hier nicht. Umfassend müssen sie sein. Darum hören wir ganz genau hin, wenn der SPD-Bundesfinanzminister davon spricht, dass nach der Krise die Zeit der Solidarität anbrechen könnte. Wir werden ihn beim Wort nehmen - denn das wäre in der Tat ein Umbruch für Deutschland. Ein Umbruch, der sich nur mit der LINKEN gestalten ließe.

- Ein von uns in leuchtenden Farben gezeichnetes und stimmiges Bild vom demokratischen Sozialismus hilft, eine attraktive und gesellschaftlich diskursfähige Vorstellung einer progressiven linken Politik und Gesellschaft zu ermöglichen. Demokratie, Zivilgesellschaft, vorausschauende gesellschaftliche Planung, sinnvolle Konzentration von Investitionen und Ressourcen auf Bereiche, die in Zukunft wichtig werden, die Beschränkung von privater Verfügungsgewalt und wirtschaftlichem Wettbewerb: Das alles sind Elemente eines demokratischen Sozialismus - einer Lebens- und Produktionsweise also, die nur Glücksrittern und Superreichen Angst machen sollte. Sie steht für ein besseres Leben.

1. Wirtschaft und Soziales:

- Unser System der sozialen Sicherung ist nicht umfassend und nicht robust genug. Es ist fragil: Jene, die am Rande leben, drängt die Krise noch weiter aus dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Jene, die zuhause in die Lage kamen, ihre eigene Arbeitskraft unternehmerisch zu vermarkten, bleiben auch in der Krise auf ihr eigenes Risiko gestellt - verbunden mit ernststen Gefahren für ihre Existenz. Jenen, die in Unternehmen beschäftigt sind, drohen Jobverlust oder das "Parken" in Kurzarbeit zu Bedingungen, die angesichts des Lohn- und Einkommensniveaus gerade in strukturschwachen Regionen zu dramatischen Einschnitten im Alltags- Leben führen. Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung hat eine gewaltige soziale Schieflage und springt bei weitem zu kurz. Es vergisst diejenigen, die von Sozialleistungen abhängig sind und keine Kinder haben. Menschen, die kleine Renten haben, bekommen gar nichts und für Leute in Kurzarbeit reicht es nicht aus. Ein weiteres oder zumindest nachgebessertes Konjunkturprogramm muss sich unbedingt diesen Bevölkerungsgruppen widmen.
- Vielen Mittelständler*innen droht der Untergang. Corona bringt sie in akute Existenznot. Deshalb sind dringend weitere Hilfen konkret für den Mittelstand nötig. Vielen in der Industrie nützen weder Konjunkturhilfe noch Kurzarbeitergeld, weil ihre Produkte nach der Krise nicht mehr gefragt sein werden. Hart getroffen sind die Metallbranche und Autozulieferer*innen, die von Autoskandalen und neuer Technik gebeutelt sind. Ihnen fehlt das Geld für neue Produkte. Mittelständler*innen könnten

über einen Konversionsfonds innovativ bleiben in der Zeit von Corona. Aufgrund von internationalen Lieferengpässen während des Shutdowns werden Arbeitsplätze im größeren Stil verloren gehen. Viele Betriebe werden vor dem Aus stehen. Kaufprämien stützen da nicht nachhaltig. Darlehen könnten für neue Produkte vergeben werden - bis diese am Markt etabliert sind.

- Wir benötigen ein breit aufgestelltes Aufbauprogramm für die von der Krise besonders betroffenen Bereiche. Bereits jetzt ist klar, wen die Krise besonders trifft: den Dienstleistungssektor, die Kultur- und Kunstbranche, die Gastronomie, den Tourismus, die Veranstaltungsbranche, Beförderungsunternehmen und einige andere mehr. Das sind die Firmen mit Lohnabhängigen, die in den kommenden Monaten unter immensen Druck geraten werden. Das Gleiche gilt für diejenigen, die selbst ein Gewerbe betreiben. Dabei darf es nicht darum gehen, die großen Player*innen zu stützen im Mittelpunkt müssen Kleinunternehmer*innen und Mittelständler*innen stehen genau wie die Solo- Selbständigen - kurzum: jene, die keine oder wenige Rücklagen haben, die aber erst dafür sorgen, Regionen lebenswert zu machen und die Ausbildung in Berufen zu gewährleisten. In dieser Auseinandersetzung kommt uns eine wichtige Rolle zu: Darauf zu achten, dass die Unterstützung nicht dort landet, wo Ausbeutung organisiert wird, sondern bei denjenigen Unternehmen, die Gute Arbeit in den Regionen gewährleisten. Die Verknüpfung staatlicher Subventionen mit sozialen und ökologischen Bedingungen, wie die Einhaltung von Tarifverträgen oder betriebliche Mitbestimmung, ist hierbei essentiell - und schlussendlich auch der Kern linker Wirtschaftspolitik.

Die anstehenden Haushaltsverhandlungen von Bund und Ländern nach der Sommerpause werden einen ersten Eindruck geben, was an politischen Prioritätensetzungen auf uns zukommt. Wir müssen Widerstand leisten, wo die Interessen all derer vernachlässigt werden, die von der Krise besonders hart getroffen wurden.

Nur mit außerordentlichen Anstrengungen können diese großen sozialen Gruppen vor dem Absturz bewahrt werden. Und jene Berufsgruppen, deren "Systemrelevanz" jetzt endlich unübersehbar geworden ist, gehören oft zu den am schlechtesten bezahlten.

Freilich ist es kein Zufall, dass dies vor allem auf diejenigen Tätigkeiten zutrifft, die in der Mehrheit von Frauen ausgeübt werden. Einmalige Prämien -

beispielsweise für Pflegekräfte - sind angebracht und richtig, ändern am Grundproblem aber wenig. Sie werden von den Beschäftigten nicht zu Unrecht häufig als eine Form des „Schweigegelds“ aufgefasst, denn noch immer bleibt ihnen die Politik eine nachhaltige Verbesserung ihrer Situation schuldig. Dauerhaft mehr Wertschätzung, bessere Arbeitsbedingungen und eine anständige Bezahlung hingegen sind das Mindeste, was ihnen zustünde. Hinzukommt: Der Wegfall staatlicher Kinderbetreuung ging in vielen Fällen einher mit einem Rückfall in voremanzipatorische Zeiten. Geradezu selbstverständlich fiel zumeist den Frauen die Aufgabe zu, Kinderbetreuung und Homeschooling zusätzlich zur Erwerbsarbeit alleine zu jonglieren. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir gesellschaftlich in der politischen Auseinandersetzung um die Rolle der Frau noch lange nicht so weit sind, wie wir es uns wünschen würden. Der Kampf um die Gleichstellung der Geschlechter gewinnt damit eine neue Relevanz.

- Insbesondere die Wirtschaft selbst ist in der Pflicht. Vieles spricht dafür, dass die Globalisierung von Unternehmen und Wertschöpfungsketten, die weltweite Ausgliederung von Produktionseinheiten und die verminderte Wertschöpfungstiefe hierzulande wesentlich mitverantwortlich sind für das Ausmaß, mit dem der externe Schock die Wirtschaft trifft. Das können und müssen wir kritisieren. Wir müssen aber auch positiv registrieren und wertschätzen, dass sich gerade die kleinen Betriebe und die mittelständige Wirtschaft während Corona vernetzt haben, um sich gegenseitig zu stützen - das ist konkrete Übernahme von Verantwortung. Wir lernen in der Krise, dass Arbeit nicht nur im Betrieb stattfinden muss. Alles, was vor, nach und neben der Produktion erledigt werden kann, kann auf feste Zeiten und eine feste Arbeitsstätte verzichten. Das zeigte sich bereits vor der Krise. Es ist die Aufgabe einer linken Partei darauf zu achten, dass dies zum Vorteil und nicht zum Nachteil der Beschäftigten passiert. Die Flexibilisierung der Arbeit darf nicht einhergehen mit einer Aushöhlung von Arbeitnehmer*innenrechten.
- Wir müssen für ein widerstandsfähiges und gerechtes Gesundheitssystem streiten. Es gab einen kurzen Moment der Hoffnung, dass sich die demonstrierte Wertschätzung in der Krise in handfester Unterstützung niederschlagen würde. Doch passiert ist bisher nichts: keine Bemühungen um Lohnerhöhung, insbesondere bei den Pflegekräften, keine dauerhaft bessere Ausstattung von medizinischen Einrichtungen, keine Überlegungen in Richtung wieder zunehmenden staatlichen Einflusses im Gesundheitsbereich. Dabei steht gerade dieser Bereich fast schon exemplarisch für die Fehler einer Privatisierung, die Profitorientierung und Durchökonomisierung vor Gemeinwohlorientierung stellt. Wir müssen zurück zum Vorhalten von guter medizinischer Versorgung unabhängig vom Gedanken, dass es sich rechnen muss!. Mehr noch wurde zu

Beginn der Pandemie deutlich, dass Privatisierung und Globalisierung direkten Einfluss auf die Grundversorgung im medizinischen Bereich hatten. Man muss sich vor Ort gegen Krisen wappnen können, ohne sich national abzuschotten. Die wohl größte Herausforderung ist am Ende, zu verhindern, dass ganze Gruppen gesellschaftlich absteigen und in der Konsequenz ein höheres gesundheitliches Risiko haben.

- Der in Deutschland vor allem vom Bund ausgehende Zwang, die öffentlichen Finanzen durch eine rigide Haushaltspolitik auf der Ausgabenseite und nicht durch notwendige Anpassungen auf Einnahmenseite auszubalancieren, führte zu einer chronischen Unterfinanzierung fast aller Bereiche der öffentlichen und sozialen Infrastruktur: vom Gesundheitswesen über den Verkehr, die digitale Infrastruktur, die Kultur, das Bildungswesen und vielem weiteren mehr. Wir benötigen daher eine umfassende Verbesserung auf der Einnahmeseite - nicht allein durch eine Vermögenssteuer oder -abgabe, sondern auch durch konjunkturelle Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und Investitionen auf dem Weg in eine sozial-ökologisch-digitale Gesellschaft. Die Besteuerung hochriskanter Finanzprodukte, eine Digitalsteuer wären Maßnahmen, den Finanzsektor mit Mut und Augenmaß zu zivilisieren. Da müssen wir ran!

2. Ökologie und Digitalisierung

- Wir müssen lernen, für die öffentliche Daseinsvorsorge und für die soziale, kulturelle, wirtschaftliche, kommunikative, digitale Infrastruktur ein stabiles Optimum zu finden und zu halten. Seit langem orientieren wir uns auf Auseinandersetzungen um ein gerade noch funktionierendes Minimum - das reicht in Krisensituationen jedoch nicht aus.
- Zu all dem kommt eine gravierende Schwäche der deutschen Politik in den vergangenen Jahren: Die Bundesregierung hat den Ausbau der digitalen Infrastruktur im Land schleifen lassen, hat ihn viel zu lange den Interessen und Wünschen der privaten Anbieter*innen überlassen. Im internationalen Vergleich sind große Gebiete in Deutschland eine digitale Wüste. Doch Menschen, die in Gebieten ohne zuverlässiges schnelles Internet leben, können der Forderung nach einer Ausweitung von Tätigkeiten im Homeoffice nur ein müdes Lächeln abgewinnen. Sie wurden von der Politik abgehängt und spüren das Tag für Tag. Daher müssen wir Digitalisierung als Chance und nicht als Gefahr verstehen. Die Frage für uns kann nur sein, wie man sie sinnvoll gestaltet. Wie stellen wir sicher, dass kein Mensch und kein Landstrich zurückbleibt? Wie stellen wir sicher, dass die Versorgung mit digitalen Endgeräten kein Privileg wohlhabender Schichten

ist? Und zugleich: Wie schützen wir die Menschen vor einer gläsernen Zukunft? Was den Breitbandausbau angeht, sitzen alle im selben Boot. Ausnahmslos. Darüber hinaus müssen wir Wege aufzeigen, wie sich Familie und Beruf besser verbinden lassen. Und wie können wir zugleich rechtlich absichern, dass Arbeitszeit und Privates nicht noch mehr verschmelzen und dabei dann erkämpfte arbeitsrechtliche Standards noch weiter ins Wanken geraten? Die LINKE muss Antworten finden: Wie kann eine sinnvolle und für die Gesamtgesellschaft gute Balance zwischen der Nutzung digitaler Möglichkeiten, dem Schutz von personenbezogenen Daten und der Sicherung des sozialen und gesellschaftlichen Lebens aussehen? Zu all diesen Fragen braucht es eine gewaltige Kraftanstrengung mit Partner*innen aus Wirtschaft, Forschung, Politik und Zivilgesellschaft.

- Teile der Arbeitswelt haben sich schnell auf die Einschränkung von Mobilität und auf Abstandswahrung eingestellt. Webmeetings wurden zum Alltag und ermöglichten Arbeiten und Austausch. Damit wurden gleichzeitig Wege erspart. Nun wird man nicht unser ganzes Leben auf online umstellen können, aber vielleicht ergeben sich nun künftig schneller Fragen nach der Sinnhaftigkeit weiter Wege für ein Treffen. Digitalisierung bietet auch für Parteien und Regierungen die Möglichkeit, sehr direkt zu informieren. Diese Möglichkeiten wurden im Rahmen von Corona vermutlich erstmals von allen Seiten umfangreich genutzt. Plötzlich wurden gestreamte Pressekonferenzen des RKI oder auch von Regierungen live verfolgt. Es entstanden Informationswebsites zum Pandemiegeschehen mit Hinweisen zur Prävention. Entscheidungen wurden anders begründet, als es bisher üblich war. Das ist ein guter Anfang. Auch durch diese neuen Wege einer Verständigung zwischen Regierung und Regierten wurde Solidarität erlebbar, wurde Verständnis geschaffen. Kehrseite der Medaille ist, dass so auch Verschwörungstheorien und Fakenews durchdringen konnten. Hier ist es gesamtgesellschaftliche Aufgabe, einen Umgang damit zu finden: Wo müssen wir digitalen Wildwuchs regulieren, wo können wir Faktenchecks und seriöse Anbieter*innen von Informationen stärken? Und von Kindsbeinen an müssen die Menschen umfassend geschult werden in digitaler Bildung und in Medienbildung. Nur so kann die Mündigkeit breiter Bevölkerungsschichten - und nicht nur der Digital Natives - im Umgang mit der Informationsflut sichergestellt werden.
- Stichwort digitale Bildung: Der Fernunterricht - ganz gleich ob in Schule oder Universität - hat in den vergangenen Wochen ungleiche Voraussetzungen geschaffen. Nicht alle Lernenden verfügen über einen Zugang zum Internet oder eine digitale Ausstattung. Hinzu kommt, dass die häusliche Situation bei Schüler*innen schwer einzuschätzen ist. Viele Jugendliche erleben die Krise als belastend, müssen und wollen ihren Eltern helfen, haben keinen Rückzugsraum,

um sich mit dem Unterrichtsstoff bzw. mit dem Prüfungsstoff in notwendiger Ruhe auseinanderzusetzen. Nicht alle Schüler*innen hatten in den vergangenen Wochen ausreichend Kontakt zu den Lehrkräften. Hier zeigen sich gravierende Unterschiede zwischen den Schulen und auch zwischen einzelnen Lehrkräften. Schulsozialarbeiter*innen schätzen ein, dass sie etwa 10% der Schüler*innen über digitale Medien erreichen konnten, um Probleme miteinander zu besprechen und entsprechende Hilfsangebote zu unterbreiten. Die Ungleichheit zwischen den Schüler*innen wurde und wird durch die Krise verschärft. Hinzu kommt eine nach wie vor ungelöste Situation: Es geht um die Abschlüsse und die Ausbildungsplatzsituation. Es darf später nämlich nicht heißen: „Der Corona-Jahrgang“ mit all den damit verbundenen Benachteiligungen.

- Reden wir vom Klima: Bei der Bewältigung der Krise müssen wir verhindern, dass bald schon "die Schloten wieder rauchen werden". Das CO₂-Budget, das sich in der Krise positiv entwickelte (weil es natürlich weniger in Anspruch genommen wurde), darf durch reichlich fließendes Öl, qualmende Kohlekraftwerke und durch Autos, die wieder rollen, als wäre nichts gewesen, nicht wieder schnell verbraucht werden. Doch ist das aktuell allen Beteiligten klar? Lasst uns das Momentum nutzen! Lasst uns, lasst DIE LINKE dafür werben, dass die gewaltigen Corona-bedingten Investitionen bereits jetzt - mitten in der Krise - in Bereiche gelenkt werden, die für eine zukunftsfähige Umstellung der Gesellschaft entscheidend sind. Also in den Klimaschutz, in die Digitalisierung, in neue Arbeitsformen, in Wissenschaft, Forschung und Kultur, in Daseinsvorsorge und ihre Infrastruktur, in die Verkehrswende. Gut, wenn daran die Aktivist*innen von "Fridays for Future" mitarbeiten. Auch gut, wenn rot-rot-Grüne Regierungskoalitionen hierbei mit Vorbildfunktion ihre Entscheidungen treffen. Es gab und gibt jetzt schon Beispiele, die den Gebrauchswert rot-rot-grüner Regierungspolitik sichtbar machen: der Mietendeckel in Berlin, das Antidiskriminierungsgesetz, Wirtschaftsförderungsprogramme, die Unterstützung von Produktionsgenoss*innenschaften in Thüringen oder das Thüringer Klimaneutralitätsgesetz. In Bremen gibt es seit diesem Jahr ein neues Landesmindestlohngesetz, dessen Höhe sich künftig danach richten soll, dass diejenigen, die ihn beziehen im Alter nicht auf Grundsicherung angewiesen sind und es wird bei der Neuausrichtung der Industrie konsequent auf innovative Technologien wie Wasserstoff gesetzt, um das Klima zu schützen und langfristig Arbeitsplätze zu sichern. Diese Beispiele können als erste Belege dafür gelten, dass wir als LINKE in der Regierung unseren Ansprüchen gerecht werden.

3. Demokratie und Europa

- Fest steht: Die Corona-Krise ist noch nicht vorbei. Doch was - hoffentlich – vorbei ist, ist eine "Lockdown"-Zeit mit teils drastischen Einschränkungen unserer Freiheiten und Rechte. Jetzt brauchen wir eine Aufarbeitung dieser für die Geschichte

der Bundesrepublik beispiellosen Maßnahmen. Dabei wurden diese Entscheidungen zur Einschränkung elementarer Grundfreiheiten legitimiert durch die allgemeine Anerkennung einer fundamentalen gesundheitlichen Bedrohung. Wir müssen als LINKE in dieser Aufarbeitung einer beispiellosen Krise unsere eigenen Akzente setzen, wir müssen Schlussfolgerungen formulieren, die uns allen den Umgang mit künftigen Krisen erleichtern. Und wir müssen Antworten bieten, auf diese sich in der Bevölkerung verbreitenden Legenden, einer nur zum Zwecke der Freiheitsberaubung erdachten Krise.

- Einschränkungen von Grundrechten müssen in jedem Fall eine solide (verfassungs-)rechtliche Grundlage haben, begründet und verhältnismäßig sein und jederzeit korrigiert werden können. Dabei gab es - alle wissen das - auch ernste Defizite, die jetzt aufgearbeitet werden müssen.
- Politik, insbesondere linke, emanzipatorische Politik, muss bei der Aufarbeitung der Pandemiebekämpfung auch kritisch die Frage nach den Abwägungsgründen für bürger- und freiheitsrechtliche Einschränkungen stellen. Wir müssen dabei immer wieder überprüfen, ob die Schwerpunktsetzung der Maßnahmen richtig ist. Und wir müssen immer wieder wissen wollen, in welchem Umfang wir Menschen solidarisches Verhalten und verantwortungsbewusste Entscheidungen ab- bzw. zusprechen. Die Frage von Ausgangssperren ist auch eine soziale Frage. So wissen wir bereits, dass die Fälle häuslicher Gewalt unter der Bedingung von Ausgangssperren dramatisch ansteigen. Ebenso wie die der schweren Depressionen, des Alkoholismus und der Suizide. Eine Ausgangssperre lässt sich in einem Einfamilienhaus mit Garten und einer großen Wohnung mit Balkon viel eher ertragen, als zu Zweit, zu Dritt oder mehr in einer 50-Quadratmeterwohnung im Hinterhof.
- Die Diskussion über ein linkes Staatsverständnis und Menschenbild, in dem die staatliche Verpflichtung für die gesellschaftliche Daseinsvorsorge und individuelle Freiheitsrechte der Gesellschaftsmitglieder miteinander in Beziehung gesetzt werden, ist nach der Pandemieerfahrung notwendiger denn je.
- Gerade in gesellschaftlichen Krisenzeiten zeigt sich wie stark in linker Politik das Prinzip verankert ist, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (Marx, Engels 1848). Die Gleichrangigkeit von Gerechtigkeit und Freiheit, die Verteidigung der Bürger*innen- und Freiheitsrechte als gleichberechtigt mit dem Kampf um soziale Gerechtigkeit zählt zu den hart erkämpften Grundprinzipien linker Politik. Das ist die Lehre aus

unserer Geschichte. Dazu müssen wir auch in Krisenzeiten die Abwägungsfragen deutlicher und transparenter zur Debatte stellen.

- Linke Politik stand immer dafür die Ängste und Nöte ernst zu nehmen, dies aber nicht zu verwechseln mit der Übernahme selbiger und der durch sie naheliegenden Antworten. Aufklärung und Rationalität in den Lösungsansätzen hat linke Politik ausgezeichnet.
- Nicht nur die sozialökonomischen Verhältnisse sind im Zuge der Krise aufgebrochen, auch das gesellschaftspolitische Institutionsgefüge wankt. Unsere pluralistische Demokratie, die Gewaltenteilung und unveräußerliche Menschenrechte sind bereits vor der Corona-Krise unter Beschuss geraten. Die gegenwärtig hohen Zustimmungswerte für die gefühlten Krisenbereiniger*innen aus Union und SPD sowie die gegenwärtig schlechten Umfragewerte für die rechten Parteien dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass unspätestens mit der sozialen Lastenverteilung und den massiven Einschnitten nach Corona eine neue Legitimationskrise der parlamentarischen Demokratie droht. Bereits jetzt wird über Steuererhöhungen und gleichzeitige Kürzungen im Sozialen und Kulturellen spekuliert. Wir dürfen deshalb nicht den Fehler begehen, uns aus dem parlamentarischen System zurückzuziehen. Hinzu kommt, dass gerade wir als LINKE die Verantwortung haben, die durch die Krise Betroffenen in den Parlamenten oder in der Regierungsverantwortung mit allen sich uns bietenden Möglichkeiten zu vertreten. Wir dürfen sie nicht im Stich lassen - schon gar nicht, wenn es um die Bewältigung der Krise und die Weichenstellungen bei der Schuldenlast-Verteilung geht. Versagen wir an diesem Punkt, haben wir als Partei keine Zukunft.
- Die Krise hat uns allen nochmal ganz deutlich gezeigt: Wir brauchen die Republik Europa! Die unvollständige europäische Integration ist in der Krise ein bedrückender Nachteil. Die Logik von Marktöffnung und ökonomischer Integration stößt auf eine schwache gemeinsame europäische Staatlichkeit. Das hat ein abgestimmtes Vorgehen gegen das Virus schwer gemacht. In Europa war über Wochen hinweg ein Rückfall in die Kleinstaaterei zu beobachten - mit allen negativen Folgen gerade für die Schwächsten. Europa braucht eine politische Staatlichkeit auf Augenhöhe, eine gelebte gemeinsame Idee von Solidarität, eine Republik Europa. Wir werden für sie eintreten.

4. Was zu tun ist

- Wir müssen uns als Partei strukturell neu ausrichten und dazu neue Zugänge finden und Gesprächsangebote unterbreiten: an Ökonom*innen, Soziolog*innen, Psycholog*innen, Jurist*innen, Gesundheitswissenschaftler*innen, Ingenieur*innen und auch Künstler*innen und Kulturschaffende. Gemeinsam muss der gesellschaftliche Aushandlungsprozess nach Corona debattiert und begleitet werden. Klar ist: Wir brauchen ein breiteres wissenschaftliches Fundament. Dazu gehört auch, den strategischen Bereichen innerhalb der Partei wie der Fraktionen mehr Mittel und geeignetes Personal zuzuführen.
- Wir werden die Partei vor Ort, dort, wo sie in der Nachbarschaft erleb- und erfahrbar ist, stärken. Alle Erfahrungen unserer noch jungen Partei DIE LINKE zeigen, dass sie dort, wo sie Politik vor der Haustür macht, unseren Gebrauchswert lebt, erfolgreich ist - und die Zivilgesellschaft in allen Formen stärkt.
- Wir begrüßen ausdrücklich, dass in dem Papier „Für eine solidarische Zukunft nach Corona - Vorschläge zur strategischen Positionierung der Linken“ die Perspektive einer breiten gesellschaftlichen Zusammenarbeit unserer Partei mit Institutionen der Zivilgesellschaft sowie mit Grünen und SPD eröffnet wird. Dieser Prozess muss zwingend auf Augenhöhe erfolgen und sollte bereits vor der Bundestagswahl 2021 in einen konkreten Dialog über politische Schnittmengen münden. Eine Debatte darum, wer der kämpferische Teil, wer „Koch oder Kellner“ ist, sollte dabei tunlichst vermieden werden. Die LINKE muss allein oder gemeinsam mit politischen Weggefährter*innen ein Narrativ entwickeln für eine Zeit nach Corona. Und für die Überwindung der neoliberalen Ideologie mit all ihren verheerenden Folgen. Die Entwicklung dieses Narrativs muss das Ergebnis eines transparenten und umfassenden gesellschaftlichen Diskurses sein.
- Wir müssen die grundsätzliche Frage beantworten, wo wir gemeinsam politisch in näherer Zukunft hinwollen. Sind wir überhaupt willens, mitgestalten zu wollen und welche personellen Anforderungen und Möglichkeiten ergeben sich z.B. daraus? Wir erwarten vom kommenden Bundesparteitag eine echte Richtungsentscheidung und ein starkes Signal des Aufbruchs - hin zu einem wirklichen Politikwechsel im Land. Es ist für uns zwingend erforderlich, dass diese Fragen in einem Leitantrag zur Abstimmung gestellt werden.
- P.S. Um unserer Rolle als Partei gerecht zu werden, wollen wir, dass Politik und Gesellschaft einem Leitmotiv folgen, das in den fachlichen Debatten über Schlussfolgerungen aus der Corona-Krise zunehmend eine Rolle spielt: Resilienz. "Resilient wäre eine Gesellschaft dann, wenn komplexe Ereignisse wie eine Pandemie, ein langanhaltender Blackout einschließlich des Ausfalls der

IT oder Extremwetter in Folge des Klimawandels weder zum Zusammenbruch der öffentlichen Sicherheit und Ordnung noch zu bedrohlichen Versorgungsengpässen und auch zu keinem panischen Angstverhalten in der Bevölkerung führen würden. Eine vorausschauende wirksame Notfallplanung, eine nach wissenschaftlichen Erkenntnissen betriebene Risiko- und Krisenkommunikation sowie ein erfolgreiches politisch-administratives Krisenmanagement würden dafür Sorge tragen, solche Notlagen schnell, zielgerichtet und umfassend zu überwinden. Die Herstellung normaler Lebensverhältnisse würde mit kritischen Analysen samt daraus resultierenden Anpassungen einhergehen. Also nach Belastungen nicht nur in den ursprünglichen Zustand zurückzukehren, sondern sich daraus lernend selbst zu optimieren - gerade auch mit Blick auf zukünftige Krisen".¹ Eine solche Gesellschaft, ein solcher Staat versucht, gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit zu stärken. Er zeichnet sich dadurch aus, dass er die sozialstaatlichen Strukturen und die öffentliche Infrastruktur für unvorhersehbare Wechselfälle des Lebens elastisch hält, um Risiken zu mindern, der alle einbezieht und eine klare Perspektive, hin zu einem sozial-ökologisch-digitalen Umbau, aufzeigt und nicht auf ständigen Wettbewerb untereinander orientiert. Mit einem Reformprogramm wollen wir den Weg zu einer resilienten Gesellschaft, anhand der durch die Corona-Pandemie aufgeworfenen großen, in einer breiten Diskussion stehenden Fragen skizzieren.

Unterzeichner*innen, Juli 2020

Antje Behler (Baden-Württemberg), Rainer Benecke (Hamburg), Sabine Berninger (Thüringen), Achim Bittrich (Sachsen-Anhalt), Steffen Bockhahn (Mecklenburg Vorpommern), Marius Brey (Bayern), Birke Bull-Bischoff (Sachsen-Anhalt), Ralf Christoffers (Brandenburg), Kathrin Dannenberg (Brandenburg), Carola Ensslen (Hamburg), Cornelia Ernst (Sachsen), Thomas Falkner (Brandenburg), Antje Feiks (Sachsen), Rico Gebhardt (Sachsen), Christian Görke (Brandenburg), Stefan Hartmann (Sachsen), Anne Helm (Berlin), Salim Hemeed (Niedersachsen), Lars Hilbig (Baden Württemberg), Matthias Höhn (Sachsen-Anhalt), Eva Kappl (Bayern), Mathias Klätte (Brandenburg), Jan Korte (Sachsen-Anhalt), Konstanze Kriese (Berlin), Eva-Maria Kröger (Mecklenburg-Vorpommern), Klaus Lederer (Berlin), Stefan Liebich (Berlin), René Lindenau (Brandenburg), Martina Michels (Berlin), Silke Michels (Berlin), Katja Mitteldorf (Thüringen), Luise Neuhaus Wartenberg (Sachsen), Jörg Prella (Hessen), Frank Puskarev (Sachsen), Carsten Schatz (Berlin), Frank Tempel (Thüringen), Kristina Vogt (Bremen), Sebastian Walter (Brandenburg), Halina Wawzyniak (Berlin), Udo Wolf (Berlin)

¹ Geier, Wolfram: Für eine nachhaltige Risikokultur: Corona als Chance. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Berlin, 5/2020, S. 31